



A PLANZEICHNUNG, M 1: 1000, Kartengrundlage: Digitale Flurkarte

Vorhabenbezogener Bebauungs- und Grünordnungsplan 'Sonnenenergie Trautenberg'

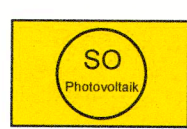
Sondergebiet Photovoltaik

Planungsrechtliche Voraussetzungen:

Die Gemeinde Krummennaab erlässt gemäß § 2 Abs. 1, § 9 und § 12 des Baugesetzbuches (BauGB), Art. 23 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO), Art. 81 Bayer. Bauordnung (BayBO), der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO), der Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (PlanZV90) folgende Satzung. Die o.a. Rechtsgrundlagen gelten in der jeweils zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses gültigen Fassung:

B. FESTSETZUNGEN

1. Art der baulichen Nutzung



1.1 Sondergebiet Photovoltaik (§ 11 Abs. 2 BauNVO)

Zulässig ist die Errichtung von freistehenden (gebäudeunabhängigen) Photovoltaikmodulen und von Anlagen zur Speicherung und Abgabe von elektrischer Energie (BESS) sowie der Zweckbestimmung des Sondergebietes unmittelbar dienende Nebenanlagen zur Erzeugung, Umwandlung und Abgabe von elektrischer Energie. Die Anlagen zur Speicherung elektrischer Energie können mit der Nennleistung Energie aus dem öffentlichen Netz beziehen und abgeben. Ein baulicher, technischer oder funktionaler Zusammenhang der Speicher zu anderen Anlagen zur Erzeugung, Umwandlung, Speicherung und Abgabe von elektrischer Energie, insbesondere den Stromerzeugungsanlagen, ist nicht notwendig. "Stand-alone-Speicher" sind daher auch zulässig. Ferner ist der Speicher nicht auf die Speicherung von aus erneuerbaren Energien gewonnenem Strom beschränkt.

1.2 Entsprechend § 12 Abs. 3a BauGB sind im Rahmen der festgesetzten Nutzungen nur solche Vorhaben zulässig, zu deren Durchführung sich der Vorhabenträger im Durchführungsvertrag verpflichtet.

1.3 Rückbau

Nach Ablauf der Nutzung als Photovoltaikanlage sind die Flächen wieder einer landwirtschaftlichen Nutzung zuzuführen. Anlagen und Gebäude sind abzubauen sowie sämtliche Betonfundamente vollständig zu beseitigen und der ursprünglich vorhandene Bodenaufbau, Bodenqualität und Bodenmächtigkeiten wieder herzustellen und die überplante Fläche fachgerecht zu rekultivieren. Im Zuge des Rückbaus ist die Tiefenlockerung des Bodens unzulässig.

Als Folgenutzung gilt wieder - entsprechend dem Ausgangszustand vor dieser Sondernutzung - die planungsrechtliche Situation als landwirtschaftliche Nutzfläche.

2. Maß der baulichen Nutzung

2.1 Grundfläche

Als Grundflächenzahl wird 0,7 festgesetzt.

Maßgeblich für die Ermittlung der Grundflächenzahl ist die umzäunte Fläche. Als Grundfläche wird die Grundfläche der Gebäude sowie die senkrechte Projektion der Module auf die Geländeroberfläche gerechnet.

Die Vollversiegelung von Flächen im Sondergebiet ist auf die erforderlichen Gebäudefundamente zu beschränken. Die Grundfläche für Nebengebäude darf insgesamt maximal 685 m² betragen. Die Begrenzung der maximalen Grundfläche für Gebäude erfolgt innerhalb der festgesetzten Grundflächenzahl. Die Modulische sind mit Ramm-, Bohr- oder Schraubfundamenten aus Metall zu verankern. Sollten Gründungsprobleme vorliegen, können bedarfsorientierte Fundamente (Punkt- oder Streifenfundamente) eingesetzt werden.

2.2 Höhe baulicher Anlagen

Die maximal zulässige Höhe der Module einschließlich Tragekonstruktion, gemessen zwischen der Geländeoberkante und der Oberkante Module, beträgt 3,50 m. Die Unterkante muss mindestens 0,80 m über der Geländeoberkante liegen.

Die maximal zulässige Höhe der Gebäude, gemessen zwischen Geländeoberkante und Oberkante Gebäude, beträgt 4,00 m.

3. Überbaubare Grundstücksfläche



3.1 Die überbaubare Grundstücksfläche für Photovoltaikmodule und Gebäude bzw. Nebenanlagen wird durch Baugrenzen im Sinne von § 23 Abs. 3 BauNVO festgesetzt.

4. Gestaltung baulicher Anlagen

4.1 Dachausbildung

Für alle Gebäude werden Flach- oder Satteldächer mit maximal 30° Neigung festgesetzt. Dacheindeckungen in Metall sind nur in matter und beschichteter Ausführung zulässig. Als Farbe ist naturrot, rotbraun, grün, grau, weiß oder braun in gedeckten Nuancen zu wählen. Alternativ ist eine extensive Dachbegrünung zulässig.

4.2 Fassaden

Durchbrüche, Lüftungsöffnungen und dergleichen müssen siedlungsbegewandt angeordnet werden. Als Fassadenfarbe ist grün, grau, weiß oder braun in gedeckten Nuancen zulässig.

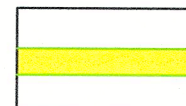
4.3 Werbeanlagen

Werbeanlagen sind bis zu einer maximalen Fläche von 5 m² an der Einfriedung im Zufahrtbereich zulässig. Fahnenmasten und elektrische Wechselwerbeanlagen sind nicht zulässig.

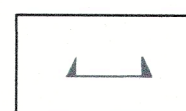
4.4 Überwachungseinrichtung

Die PV-Anlage darf mit optisch-elektronischen Einrichtungen überwacht werden, sofern keine Anhaltspunkte bestehen, dass schutzwürdige Interessen der Betroffenen überwiegen. Diese Einrichtungen dürfen eine maximale Höhe von 5,00 m haben.

5. Örtliche Verkehrsflächen

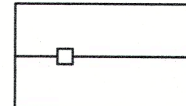


5.1 Die Grundstückszufahrten sind in den im zeichnerischen Teil dargestellten Flächen bis zu einer Breite von 5 m zulässig.



5.2 Einfahrtbereich

6. Einfriedungen



6.1 Einfriedungen in offener Ausführung sind außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zugelassen.

6.2 Einfriedungen sind als Metallzäune, auch mit Kunststoffummantelung und Übersteigenschutz zulässig. Sie dürfen eine Gesamthöhe von 2,50 m über der bestehenden natürlichen Geländeoberkante nicht überschreiten. Durchgehende Betonsockel sind unzulässig. Es sind lediglich Punktfundamente für die Zaunpfosten erlaubt. Die Durchlässigkeit für Kleintiere im Bereich von 15 cm ab Geländeoberkante muss gewährleistet sein.

Die Einzäunung muss zumindest im Zeitraum einer stattfindenden Beweidung wolfabweisend gestaltet werden. Die ökologische Durchgängigkeit für Kleintiere muss dabei erhalten bleiben.

7. Boden-/Grundwasserschutz

7.1 Das natürliche Geländeniveau darf maximal um 0,50 m abgegraben oder aufgeschüttet werden, wobei etwaige Auffüllungen und Abgrabungen mindestens einen Meter vor nachbarlichen Grundstücksgrenzen auf das natürliche Niveau zurückzuführen und mit Böschung auszubilden sind. Stützmauern sind unzulässig. Aufschüttungen für die Errichtung technischer Bauwerke müssen mit inertem Material (Material entsprechend den Vorgaben der Ersatzbaustoffverordnung - Ersatzbaustoff) bzw. dem Aushubmaterial des Planungsbereichs erfolgen. Sonstige Aufschüttungen sind nach den Vorgaben der §§ 6 und 7 BBodSchV vorzunehmen. Oberboden, der bei allen baulichen Maßnahmen oder sonstigen Veränderungen der Oberfläche anfällt, ist in nutzbarem Zustand zu erhalten, vor Verrichtung oder Vergeudung zu schützen und fachgerecht in maximal 2,00 m hohen Mieten zwischenzulagern. Auch sonstige Beeinträchtigungen des Bodens, wie Bodenverdichtungen oder Bodenverunreinigungen, sind zu vermeiden.

7.2 Sämtliche Bodenbefestigungen sind in sickerfähiger Ausführung herzustellen, so dass das Niederschlagsabwasser breitflächig über die belebte Bodenzone versickern kann. Für stärker befahrene Abschnitte der Sondergebietszufahrt können für Bodenbefestigungen auch Rasengittersteine oder Rasenfugenpflaster verwendet werden.

7.3 Das von den Modulen abfließende Niederschlagswasser ist breitflächig über die belebte Bodenzone zu versickern. Eine punktuelle Versickerung ist nicht zulässig.

7.4 Grundsätzlich ist der Einsatz von Düngern oder Pestiziden im gesamten Geltungsbereich unzulässig.

7.5 Die Reinigung der Anlage mit Reinigungsmitteln ist nur zulässig, wenn diese biologisch abbaubar sind und die Reinigung ohne Verwendung der Reinigungsmittel nicht möglich ist.

7.6 Sollte oberflächennahes Grundwasser angetroffen werden, ist bei Gründung im Grundwasserbereich (gesättigte Zone oder Grundwasserschwankungsbereich: Gleyböden) auf verzinkte Stahlprofile zu verzichten. Auf Staunäseböden (Pseudogleyböden), die nicht dauerhaft staunass sind, ist ebenfalls auf verzinkte Stahlprofile zu verzichten oder eine geeignete Beschichtung zur Minimierung von Auswaschungen zu verwenden.

8. Grünordnung, Natur und Landschaft

8.1 Landschaftspflegerische Maßnahmen

Folgende landschaftspflegerische Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen sind auf der Fläche durchzuführen und spätestens ein Jahr nach Fertigstellung der Anlage herzustellen. Der Einsatz von Düngemitteln oder Pestiziden ist unzulässig.

Vermeidungsmaßnahmen:

V1 Grünland innerhalb der Freiflächenphotovoltaikanlage

Die Sondergebietsfläche ist als Grünland (Zielzustand G212 Mäßig extensiv genutztes, artenreiches Grünland) zu entwickeln.

Ansatz mit autochthoner Saatgutmischung des Ursprungsgebietes 15 (Thüringer Wald, Fichtelgebirge und Vogtland), mind. 50 % Kräutanteil, oder Mähgutübertragung von nahegelegenen, artenreichen Wiesen.

Der Aufwuchs ist ein- bis zweimal jährlich mit einem insektenfreundlichen Mähwerk zu mähen (Schnitthöhe mind. 10 cm). Das Mähgut ist abzufahren, Mulchen ist unzulässig. Alternativ ist auch eine extensive Beweidung zum Beispiel mit Schafen zulässig. Es sind zwei bis vier Weidegänge durchzuführen. Die Fläche darf nicht vollständig zum gleichen Zeitpunkt beweidet werden.

V2 Entwicklung von Saumstruktur und Staudenflur

Herstellung: Ansatz mit einer arten- und blütenreichen, autochthonen Saatgutmischung, oder Mähgutübertragung von nahegelegenen, artenreichen Wiesen.

Pflege: Die Flächen werden zunächst einmal im Jahr, nach ausreichender Etablierung (etwas 3 Jahre) alle zwei bis drei Jahre im Herbst abschnittsweise mit

insektenfreundlichen Mähwerk (Schnitthöhe mind. 10 cm) gemäht. Das Mähgut ist abzufahren, Mulchen ist unzulässig.

Ausgleichsmaßnahmen:

Die festgesetzte Ausgleichsfläche wird den im Rahmen des Bebauungsplanes festgesetzten Eingriffen in das Landschaftsbild zugeordnet. Mindestens die Eckpunkte der Ausgleichsfläche sind im Gelände dauerhaft zu kennzeichnen, zum Beispiel mit Eichenpflocken.

A1 Flächeneingrünung mit Heckenpflanzung/Einzelgehölzen

Herstellung: Die Ränder des Geltungsbereiches sind in den als Maßnahme A2 dargestellten Bereichen mit einer zweireihigen Hecke aus heimischen Sträuchern zu versehen.

Dabei sind autochthone Gehölze des Vorkommensgebietes 3 "Südostdeutsches Hügel- und Bergland" zu verwenden. Angaben zu den Gehölzen, Qualitäten und Pflanzabständen sind dem Vorhaben- und Erschließungsplan zu entnehmen.

Pflege: Die Pflanzungen sind fachgerecht zu pflegen und in ihrem Bestand dauerhaft zu sichern. Nicht angewachsene Gehölze sind in der nächsten Pflanzperiode durch Gehölze gleicher Art und Größe zu ersetzen. Sollte es zu einem späteren Zeitpunkt Ausfälle geben, sind diese ebenfalls zu ersetzen.

Die Heckenbereiche sind in den ersten drei Jahren regelmäßig auszumähen. Danach ist abschnittsweises "Auf den Stock setzen" möglich. Dabei sind Überhälter in Form von einzelnen Bäumen bzw. Sträuchern zu belassen. Schnittgut ist zu entfernen. Zeitraum für die Pflegemaßnahmen: 01. Oktober - 28. Februar.

8.2 Verwendung von Regio-Saatgut

Bei der Ansaat ist Regio-Saatgut des Ursprungsgebietes 15 (Thüringer Wald, Fichtelgebirge und Vogtland) zu verwenden.

9. Artenschutz

9.1 Artenschutzrechtliche Vermeidungsmaßnahmen (aV)

aV1 Baubeginn außerhalb der Vogel-Brutzeit

Zumindest die Erdarbeiten sollen vor der Vogelbrutzeit, also spätestens ab Ende Februar, besser ab Oktober, beginnen. Bei einem Baubeginn nach dem 01.03. ist aV2 zu beachten.

aV2 Vorsorgliche Vergrämung von bodenbrütenden Feldvögeln

Bei einem Baubeginn zwischen 01.03. und 31.08. sind Vergrämnungsmaßnahmen ab dem 01.03. bis Baubeginn zu verhindern. Eine Vergrämung erfolgt entweder durch eine regelmäßige Befahrung der Fläche (mind. zweimal pro Woche) oder regelmäßige Mahd, die den Aufwuchs auf eine möglichst geringe Höhe begrenzt. Sollte es nicht möglich sein, die Vergrämnungsmaßnahmen ab 01.03. zu beginnen, ist vor Beginn der Vergrämnungsmaßnahme eine Begehung durch einen Gutachter hinsichtlich stattfindender oder potenziell möglicher Bruten durchzuführen.

aV3 Schutz der bestehenden Gehölze

Die bestehenden Gehölze am Südrand, im Nordosten und Osten sind während der Baumaßnahme durch einen ortsfesten Bau- oder Latzenzaun gemäß beiliegender saP bzw. Umweltbericht vor Beeinträchtigung zu schützen.

aV4 Schutzmaßnahmen für die Zauneidechse

An den Saumstrukturen zum Feldweg bzw. zwischen den Äckern am West- und Nordrand ist vor Baubeginn während der gesamten Bauphase ein Reptilienzaun gemäß beiliegender saP bzw. Umweltbericht aufzustellen. Die Säume selbst dürfen nicht beeinträchtigt werden.



9.2 CEF-Maßnahme: Schaffung von Blühflächen mit Ackerbrache im Bereich der Flurstücke Fl.-Nrn. 139 (TF) und 141, Gemarkung Krummennaab

Die Fläche der Maßnahme muss insgesamt mind. 0,5 ha betragen.

Die CEF-Maßnahme muss zum Zeitpunkt des Eingriffs wirksam sein und die ökologische Funktion der Fortpflanzungs- oder Ruhestätte wahren.

Entwicklungsziel: Entwicklung einer Blühfläche in Kombination mit Ackerbrache

Herstellung: 30 % der Fläche als Ackerbrache, 70 % als Blühfläche

Einmalige lückige Einsaat einer Regio-Saatgutmischung aus dem Ursprungsgebiet 15 "Thüringer Wald, Fichtelgebirge und Vogtland" mit mindestens 50 % Kräutanteil; damit Anlage des Blühstreifens und Erhalt von Rohbodenstandorten in der Blühfläche; Einsaat idealerweise bereits im Herbst; kann auch zu Beginn der Brutsaison erfolgen, wenn die ungefähren Neststandorte ermittelt werden und davon entfernte Bereiche zur Ansaat ausgewählt werden (muss durch Fachkraft erfolgen); dann Ausbringen von weiteren Teilen des genannten Saatgutes auf den restlichen Teilen der Blühflächen im Herbst nach der Brutsaison.

Umbruch der Ackerbrache vor Baubeginn mit anschließender Selbstbegrünung.

Pflege und Bewirtschaftung: Einmalige Mahd der Grünlandfläche nach dem 15.07. im zweiten Jahr nach der Anlage. Im zweiten oder dritten Jahr (je nach Aufwuchs) Umbruch der Ackerbrache mit anschließender Selbstbegrünung; danach jährlicher Umbruch von ca. 50 % der Ackerbrache mit Selbstbegrünung. Wechsel des Blühstreifens und der Ackerbrache nach 3 Jahren möglich. Keine Bearbeitung zwischen dem 01.03. und dem 15.07. Kein Einsatz von Dünger oder Pflanzenschutzmitteln. Dauerhafte Pflege der Grünlandfläche: ein- bis zweimalige Mahd mit Balkenmäher und Abfuhr des Mähgutes nach dem 15.07. unter Belassen von 20 % Brachstreifen. Eine landwirtschaftliche oder energetische Nutzung des Mähgutes ist zulässig.

10. Immissionsschutz

10.1 Die Solarmodule sind in ihrer Oberfläche und Ausrichtung so zu gestalten, dass keine störende Blendwirkung an Immissionsorten hervorgerufen wird. Sollte sich nach Inbetriebnahme der Anlage eine Blendwirkung herausstellen, ist auf Kosten des Betreibers eine Abschirmung anzubringen. Diese kann entweder in Form von entsprechend dimensionierten Gehölzpflanzungen oder baulichen Maßnahmen am Zaun ausgeführt werden. Der Zaun darf dafür im notwendigen Maße am Ort der Blendschutzmaßnahme erhöht werden.

10.2 Eine dauerhafte Beleuchtung der Anlage ist unzulässig. Eine Beleuchtung ist nur temporär zur Wartung bzw. Pflege der Anlage mit warmweißem Licht (< 3.000 Kelvin) zulässig.

11. Sonstige Planzeichen und Festsetzungen

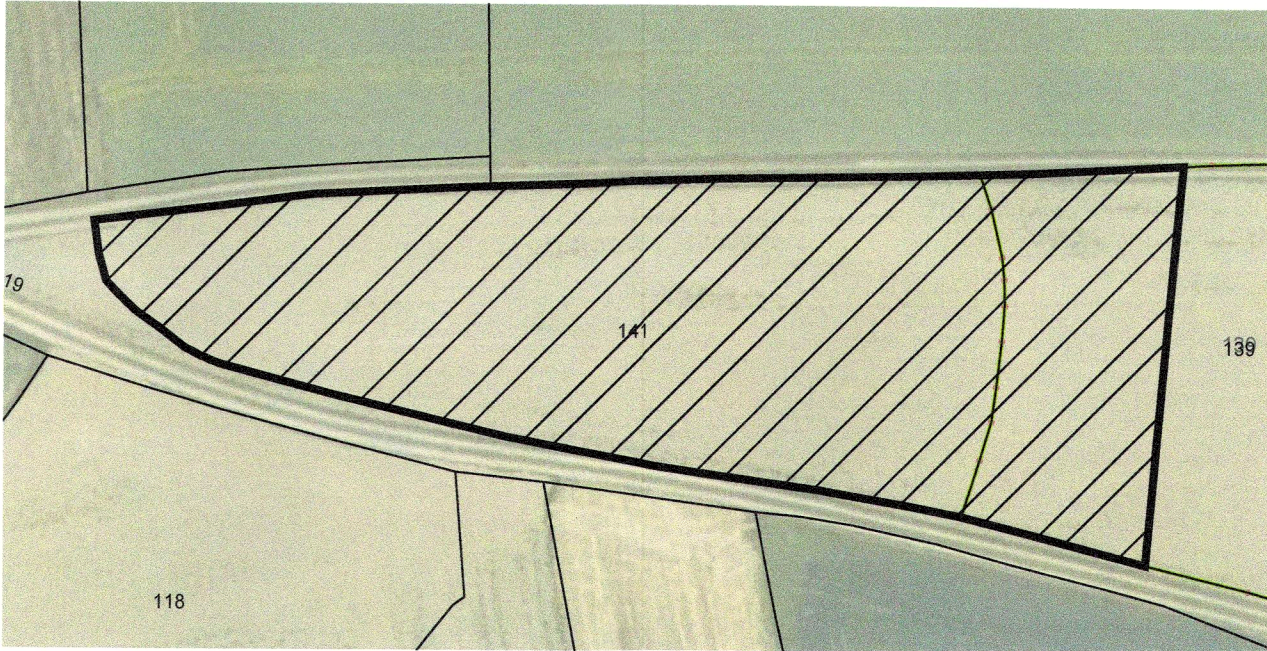


11.1 Geltungsbereichsgrenze des Bebauungsplanes

11.2 Vorhaben- und Erschließungsplan

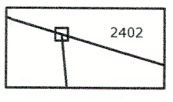
Entsprechend § 12 Abs. 3 BauGB wird der Vorhaben- und Erschließungsplan Bestandteil des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.

CEF-Fläche: Fl.-Nrn. 139 (TF), 141, Gemarkung Krummennaab

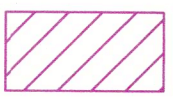


C. HINWEISE/ NACHRICHTLICHE ÜBERNAHME

Planzeichen:



bestehende Grundstücksgrenzen mit Flurstücknummer



Bodendenkmal D-3-6138-0023 "Spätpaläolithische Freilandstation"

Textliche Hinweise:

- Sollten im Zuge der Errichtung oder des Betriebes der Photovoltaikanlage Schäden an Flurwegen entstehen sind diese Schäden durch den Betreiber der Anlage zu beseitigen.
- Sollten bei den Bauarbeiten Anhaltspunkte für schädliche Bodenveränderungen oder eine Altlast bekannt werden, sind unverzüglich das Wasserwirtschaftsamt und das Landratsamt zu informieren.

- Für Bodeineingriffe jeglicher Art im Geltungsbereich des Bebauungsplans ist eine denkmalrechtliche Erlaubnis gem. Art. 7 Abs. 1 BayDSchG notwendig, die in einem eigenständigen Erlaubnisverfahren bei der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde zu beantragen ist. Diesbezügliche Bestimmungen sind bauseits zu beachten.
- Die von der Anlage ausgehenden Geräusche, wie tieffrequente vom Transformator abstrahlende Geräusche, oder der Lärm, den Wartungsarbeiten verursachen, müssen bei nächstgelegenen Wohngebäuden die in der TA Lärm genannten Anforderungen erfüllen. Bei Beschwerden über den Lärm, den der Betrieb der Anlage verursacht, kann die Gemeinde den Nachweis anhand von Immissionsmessungen nach TA Lärm und/oder der DIN 45680 fordern. Die Ergebnisse dieser Messung sind spätestens innerhalb von zwei Monaten nach Aufforderung durch die Gemeinde vom Vorhabensträger kostenfrei vorzulegen.
- Lärmintensive Wartungsarbeiten, wie z.B. Mäharbeiten, sind nur werktags tagsüber, in der Zeit von 7:00 - 20:00 Uhr zulässig.
- Bei Aufschüttungen mit Materialien und Abgrabungen sind die bau-, wasser-, bodenschutz- und abfallrechtlichen Vorgaben einzuhalten.
- Die aus der sach- und fachgerechten Bewirtschaftung der umliegenden land- und forstwirtschaftlichen Flächen entstehenden Immissionen sind zu dulden.
- Vorhandene Drainagen dürfen in ihrer Funktion nicht beeinträchtigt werden. Sollte es zu Beschädigungen im Rahmen der Bauphase, des Betriebes oder des Abbaus kommen, sind die Drainagen wiederherzustellen.
- An allen Zufahrtstoren müssen dauerhaft und deutlich gekennzeichnete Schilder mit den uneingeschränkten Erreichbarkeiten des zuständigen Anlagenbetreibers angebracht werden. Um einen Zugang für die Feuerwehr im Brandfall zu gewährleisten, sollten an den Zufahrtstoren Feuerwehr-Schlüsseldepots installiert werden.
- Die Sicherheit und Leichtigkeit des Eisenbahnverkehrs auf der nahe-liegenden Bahnstrecke darf nicht gefährdet oder gestört werden. Der Eisenbahnverkehr darf durch die Maßnahmen nicht eingeschränkt oder beeinflusst werden.
- Ein Entschädigungsanspruch gegen den Eisenbahnbetrieb wegen Lärm und anderen Immissionen kann nicht geltend gemacht werden.

D. VERFAHRENSVERMERKE

- Der Gemeinderat hat in der Sitzung vom 10.09.2024 bzw. 15.04.2025 gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 16.04.2025 ortsüblich bekannt gemacht.
- Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB mit öffentlicher Darlegung und Anhörung für den Vorentwurf des Bebauungsplans in der Fassung vom 15.04.2025 hat in der Zeit vom 15.05.2025 bis 13.06.2025 stattgefunden.
- Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB für den Vorentwurf des Bebauungsplans in der Fassung vom 15.04.2025 hat in der Zeit vom 19.05.2025 bis 20.06.2025 stattgefunden.
- Zu dem Entwurf des Bebauungsplans in der vom Gemeinderat am 09.09.2025 gebilligten Fassung vom 09.09.2025 wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 15.09.2025 bis 22.10.2025 beteiligt.
- Der Entwurf des Bebauungsplans in der vom Gemeinderat am 09.09.2025 gebilligten Fassung vom 09.09.2025 wurde mit der Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 15.09.2025 bis 22.10.2025 öffentlich ausgelegt.
- Die Gemeinde Krummennaab hat mit Beschluss des Gemeinderats vom 11.11.2025 den Bebauungsplan gem. § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung vom 11.11.2025 als Satzung beschlossen.

Krummennaab, den 28. NOV. 2025

.....
1. Bürgermeisterin Marion Höcht

.....
2. 8. NOV. 2025

.....
1. Bürgermeisterin Marion Höcht

.....
2. 2. JAN. 2026

.....
1. Bürgermeisterin Marion Höcht

.....
2. 9. JAN. 2026

.....
1. Bürgermeisterin Marion Höcht

.....
2. 9. JAN. 2026

.....
1. Bürgermeisterin Marion Höcht

.....
2. 9. JAN. 2026

.....
1. Bürgermeisterin Marion Höcht

.....
2. 9. JAN. 2026

.....
1. Bürgermeisterin Marion Höcht

.....
2. 9. JAN. 2026

.....
1. Bürgermeisterin Marion Höcht

.....
2. 9. JAN. 2026

.....
1. Bürgermeisterin Marion Höcht

.....
2. 9. JAN. 2026

.....
1. Bürgermeisterin Marion Höcht

.....
2. 9. JAN. 2026

.....
1. Bürgermeisterin Marion Höcht

.....
2. 9. JAN. 2026

.....
1. Bürgermeisterin Marion Höcht

.....
2. 9. JAN. 2026

.....
1. Bürgermeisterin Marion Höcht

.....
2. 9. JAN. 2026

.....
1. Bürgermeisterin Marion Höcht

.....
2. 9. JAN. 2026

.....
1. Bürgermeisterin Marion Höcht